

Sorgfältig abwägen

03.09.2013 - HÜTTENFELD

WINDKRAFT Wirtschaftsminister Florian Rentsch beim Vor-Ort-Besuch in Hüttenfeld

(udi).Eigentlich war es schade, dass nur wenige Hüttenfelder Bürger der Einladung des Geo-Naturparks Bergstraße-Odenwald am Sonntagnachmittag zum Gespräch mit Hessens Wirtschaftsminister Florian Rentsch (FDP) ins Gasthaus „Rebstock“ gefolgt waren. Auslöser für den Besuch war das in der öffentlichen Kritik stehenden Vorhaben, auf den Hügeln der Kreismülldeponie bis zu drei Windkraftanlagen durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Bergstraße (ZAKB) zu erstellen.

Knapp 30 Personen, darunter der Vorsitzende des Geoparks Bergstraße-Odenwald, Landrat Matthias Wilkes und dessen Geschäftsführer, Reinhard Diehl, Kreisumweltdezernent Matthias Schimpf (Grüne), Grünen-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Thilo Figaj, die Bürgermeisterkandidaten Gottfried Störmer und Frank Schall sowie die Partei- und Fraktionsspitze der Bergsträßer FDP hörten das Eröffnungsstatement von Landrat Matthias Wilkes über einen Beschluss des Geo-Naturparks: Im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie soll auch im Bereich der Windenergieanlagen ein Beitrag geleistet werden. Allerdings müssten Windenergieanlagen im Bereich des Geo-Naturparks einer besonders sorgfältigen Abwägung unterliegen. Eine Streuung von Einzelanlagen sei in jedem Fall zu verhindern. Staatsminister Florian Rentsch bezog sich als Auslöser für seinen Vor-Ort-Besuch auf die von der hessenweit tätigen „Interessengemeinschaft gegen Windwahn“ an ihn überreichte Petition mit der Überschrift „Windkraft ja – aber“ mit 15 000 Unterschriften und 3 000 Kommentaren, an der sich auch Lampertheimer beteiligt hätten. Im Laufe der rund einstündigen Veranstaltung, die mit einer Ortsbesichtigung am Deponiegelände endete, wurde offensichtlich, dass es für eine endgültige Entscheidungsfindung notwendig sein wird, dass die Festlegungen aus dem Landesentwicklungsplan Eingang in den Regionalplan für Südhessen finden. Ein erneuter Versuch dazu findet in der Planungsversammlung am Freitag, 6. September, in Frankfurt statt. Aufgrund dieser regionalen Vorgaben für den Bereich Südhessen könnten dann die politisch Verantwortlichen beim Regierungspräsidium, im Kreis und den Kommunen in die konkreten Planungen eintreten. Diese Festlegungen finden auch Eingang in das laufende Genehmigungsverfahren für das in Hüttenfeld geplante Windrad und werden je nach Sachlage auch in den Verbandsgremien des ZAKB noch diskutiert.

Dazu gehören die bereits aufgeworfenen Fragen der Windhöflichkeit, die mögliche Beeinträchtigung durch den entstehenden Infraschall, Auswirkungen auf Immobilienwerte im Stadtteil Hüttenfeld und die von der FDP für die nächste Kreistagssitzung eingebrachte Anfrage, mit der unter anderem die Kreisverwaltung über die Zulässigkeit von wirtschaftlichen Tätigkeiten des ZAKB durch die Verbandssatzung berichten soll.